

Ist ja nur Acker?

Für einen geplanten **Industriepark** südlich von Dresden müssten mehr als 100 ha versiegelt werden. Der einhergehende Verlust landwirtschaftlich genutzter Fläche spielt für die Befürworter eine untergeordnete Rolle.



Anfang Mai demonstrierte die Bürgervereinigung in Pirna gegen den Industriepark.

FOTO: ALF WILD

Seine Befürworter halten das Projekt für eine Riesenchance: Südöstlich von Dresden wollen die Städte Pirna, Dohna und Heidenau den „IndustriePark Oberelbe“ (IPO) entwickeln. Die damit verbundenen Hoffnungen teilen nicht alle in der Region. Nicht zuletzt, weil eine enorme Flächenversiegelung und der Verlust landwirtschaftlicher Fläche drohen, gibt es heftige Kritik.

Insgesamt 270 ha Fläche soll der IPO in Anspruch nehmen. Davon werden 140 ha für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben bereitstehen, wovon wiederum 80 % (112 ha) versiegelt werden dürfen. In einem Dreieck zwischen den beteiligten Städten, die zur Entwicklung des Industrieparks 2018 einen Zweckverband gegründet hatten, soll beidseits des Autobahnzubringers von Pirna zur A 17 ein „High-Tech-Park“ entstehen. Er soll Unternehmen der „Mikroelektronik, Biotechnologie, Elektromobilität, Kunststoffverarbeitung“ mit „Ideen und Produkten, die auf dem Weltmarkt gefragt sind“ eine Heimat bieten, wie es der IPO-Zweckverband auf seiner Internetseite vielversprechend beschreibt. 3.000 Arbeitsplätze in Branchen mit Zukunft würden so entstehen. Profitieren sollen Kaufkraft und Bruttoinlandsprodukt im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, die bislang zu den niedrigsten in Sachsen gehören. Die Potenziale seien groß, heißt es. Gute Ver-

kehrsanbindung und die Nähe zu den „Forschungs- und Innovationszentren der Landeshauptstadt“ böten beste Voraussetzungen für den Plan.

Nachteile? Gibt es aus Sicht der Befürworter des Vorhabens in den Rathäusern der drei Städte nicht. Rückhaltegräben und Entwässerungsanlagen sollen nach der Versiegelung die Hochwassergefahr bannen. Man werde keine bedrohten Tierarten beeinträchtigen. Als Ausgleichsmaßnahmen sei die Anlage wertvoller Biotope geplant, die gegenüber dem jetzigen Zustand eine Aufwertung bedeuten würden. Fett gedruckt schreibt der IPO-Zweckverband auf seiner Internetseite: „Die betreffenden Ackerflächen werden konventionell mit modernen Landmaschinen bewirtschaftet.“ Das soll, so scheint es, ein Argument für deren Umwidmung sein.

Unwiederbringlicher Bodenverlust

So hat es auch Alf Wild verstanden. „Schon als die ersten Pläne vorgestellt wurden, hat man sich negativ über die Landwirtschaft geäußert“ sagt der Pirnaer, der selbst Landwirt gelernt hat, aber seit schon seit vielen Jahren Generalagent einer Versicherungsgesellschaft ist. Wild ist zudem Mitglied der „Bürgervereinigung Oberelbe – IPO stoppen!“, die gegen das Vorhaben mobil macht. Mit einer Internetseite lenkt die

Bürgervereinigung die Aufmerksamkeit auf die negativen Folgen des Vorhabens auf die Region, ihre Natur und ihre Menschen. Kritisch begleitet sie den Zweckverband, weist auf Ungereimtheiten hin und bringt sich in Beteiligungsverfahren mit Hinweisen und Einwänden ein.

Vor wenigen Wochen demonstrierten ihre Mitglieder und Unterstützer auf dem Markt in Pirna. „Aus Sicht eines Landwirtes, der mit Herzblut die Arbeit zu unserer Ernährung leistet, ist der IPO zerstörerisch und auf jeden Fall viel zu teuer“, rief Alf Wild auf der Demo in seinem Redebeitrag vom Podium herab. Teuer sei der IPO nicht nur, weil die veranschlagten Kosten bereits jetzt den Rahmen zu sprengen drohten und auf die Kommunen höhere Umlagen an den Zweckverband zukämen. „Richtig teuer kommt uns der Entzug der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Everigkeit.“ Boden sei nicht vermehrbar – und eigentlich gesetzlich geschützt, wie der IPO-Gegner betont.

Der landwirtschaftliche Nutzen der Flächen spielt in den IPO-Planungen indes kaum eine Rolle. Zwar konstatiert etwa das Grün- und Kompensationskonzept für den IPO, dass die betroffenen landwirtschaftlich genutzten Böden, in Summe mehr als 90 ha, eine hohe Ertragsfähigkeit besitzen. Rückschlüsse zieht man in den Planungen daraus jedoch nicht. Kritik an der Versiegelung von

Acker beantwortet der Zweckverband IPO auf seiner Internetseite mit dem Verweis auf ihre aktuell intensive landwirtschaftliche Nutzung und die vorgesehene Kompensation, die zu einer höheren ökologischen Wertigkeit führe.

Der Versuch, Ökologie gegen Landwirtschaft auszuspielen, scheint indes nicht recht zu verfangen. „Ein Vorhaben, das auf einen Schlag 140 Hektar Fläche verbraucht, Agrarflächen vernichtet und zur Verkleinerung eines Landschaftsschutzgebiets führt, steht der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarung entgegen“, heißt es aus der Landtagsfraktion der Grünen mit Verweis auf das von der Koalition vereinbarte Ziel, den Flächenfraß in Sachsen zu verringern. Die Fraktion hat Anfang des Jahres ein Positionspapier zum IPO vorgelegt – und sich auf die Seite der Bürgervereinigung geschlagen. Statt zusätzliche Flächen in Anspruch zu nehmen, sollten Bestandsflächen aktiviert und Brachen revitalisiert werden, fordern die Grünen.

Kritiker klagen: Einwände weggewischt

Die Kritik am Vorhaben umfasst aber noch weitere Aspekte. Dass die neuen Unternehmen starken Sog auf den ohnehin knappen Fachkräftemarkt ausüben werden und dass das alteingesessene Gewerbe das Nachsehen haben wird, beispielsweise. Oder dass die versiegelten Flächen die Grundwasserneubildung behindern und die Hochwassergefahr steigt. Einflüsse auf das Mikroklima durch zusätzliche Bebauung werden ebenfalls befürchtet. Und nicht zuletzt sehen Kritiker den Denkmalschutz beeinträchtigt, weil der Industriepark in die Umgebung des Barockparks Großsedlitz eingreift. Darauf machten kürzlich Bürgervereinigung und Grünen-Fraktion gemeinsam mit Denkmalschutzorganisationen bei einer Pressekonferenz im Landtag aufmerksam. Die vielfältigen Bedenken dürften nicht einfach vom Tisch gewischt werden, sagte der Grünen-Abgeordnete Thomas Löser dort und forderte „eine lösungsorientierte Auseinandersetzung mit den Einwänden der Bürgerinnen und Bürger“.

Genau die gäbe es nämlich nicht, beklagt Alf Wild. Allein zu den Vorplanungen seien rund 12.000 Einwände von knapp 1.200 Bürgern eingereicht worden. Unterschriftensammlungen und andere Willensbekundungen kämen hinzu. Aber sie bleiben doch bislang ohne Wirkung auf die Verantwortlichen, wie Wild deutlich macht: „Die Einwände und Bedenken der Bürger werden weggewischt.“

KARSTEN BÄR